Bericht

aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 110/2010
2. Juni 2010

Dr. Werner Marnette:
Mehr Transparenz und gesamtwirtschaftliches Augenmaß: Sparmaßnahmen der Landesregierung, insbesondere Schließung der Medizinischen Fakultät Lübeck, einer objektiven Prüfung unterziehen

Hamburg/Scharbeutz – **Von „Schnellschüssen", „Scheinmaßnahmen" und „erheblichem Aufklärungsbedarf" mit Blick auf das jüngst beschlossene Sparpaket des Landes Schleswig-Holstein spricht Dr. Werner Marnette. Der ehemalige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister fordert eine Kosten- Nutzen-Analyse der einzelnen Sparmaßnahmen. Zudem warnt er davor, die finanziellen Risiken bei der HSH Nordbank zu unterschätzen. „Sollte Schleswig-Holstein noch einmal Kapital zur HSH Nordbank zuschießen müssen, so wäre das Land ruiniert", so Marnette im Kreis von Wirtschaftsvertretern und Politikern in Scharbeutz an der Ostsee.**

„Vor Schleswig-Holstein türmt sich ein gewaltiger Schulden-Himalaya, der das Land zu erdrücken droht", sagt Marnette. Daher sei es richtig, dass die Landesregierung versuche, mit einem umfangreichen Sparpaket den Schuldenberg abzubauen und den finanziellen und politischen Gestaltungspielraum für das Land zurück zu gewinnen. Denn: Aktuell beträgt die jährliche Zinslast des Bundeslandes weit über eine Milliarde Euro. „Es ist kaum vorstellbar, was mit einem solchen Betrag alles in den Schulen, an den Universitäten, in der Forschung, in der Innovations- und Wirtschaftsförderung sowie im Sozialbereich bewegt werden könnte", so Marnette. Daher müsse die Schuldenlast unbedingt in den Griff bekommen und reduziert werden. **Allerdings müsse das Land darauf achten, dass die Sparmaßnahmen tatsächlich und dauerhaft die gewünschte Wirkung erzielten.** Außerdem sei Vorsicht geboten, so der ehemalige Wirtschaftsminister: **„Es ist bisher noch nie gelungen, ein Unternehmen – geschweige denn ein Land – allein durch Sparen zu retten. Hierfür muss auch die Einnahmeseite langfristig verbessert werden."** In das Gesamtkonzept gehören daher auch Ausgaben für Projekte in Bildung, Innovationen und Wachstum, um so auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionskraft des Landes zu stärken.

„Geradezu kurzsichtig und leichtfertig erscheint mir die geplante Schließung der universitären Medizinausbildung in Lübeck", führt Marnette aus. „Ich wage die Behauptung, dass die erdachte Kosteneinsparung kaum erreichbar sein wird . Denn ein wesentlicher Kostenblock sind die Personalkosten und diese sind durch Beamtung und langfristige Verträge praktisch nicht abbaubar. Auch strategisch ist die Schließung falsch, insbesondere wenn eine Privatisierung des UK-SH in Erwägung gezogen wird. „Für jeden potenziellen Käufer stelle die Kombination von Krankenhaus und akademischem Standbein einen Mehrwert dar, alleine schon wegen des sich abzeichnenden Ärztemangels. Der Privatisierungserlös des Landes dürfte damit erheblich geringer ausfallen. „Ob eine Gesamtprivatisierung des UK-SH wirklich sinnvoll ist, sollte reiflich geprüft werden. Es gibt in Deutschland auch Negativbeispiele", mahnte Dr. Marnette.

Landeshaus • 24105 Kiel • ☎ 0431/9881400 • 0431/9881404(Fax)
PRIVAT: SCHLESER WEG 6 •24232 DOBERSDORF ☎04348/8843 • 04348/8176 (FAX) ☎0172/7421851

„Offensichtlich rückt die Landesregierung unter dem Kostensenkungsdruck von einem zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Konzept für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein ab. Dieses sah vor: Krankenhaus der Maximalversorgung verbunden mit einem klaren wettbewerbsfähigen Profil der Uni-Standorte Kiel und Lübeck in universitärer Medizin, Medizintechnik und Biotechnologie. Die Medizintechnik in Kombination mit der Altersmedizin könnte ein Zukunftsfeld für Schleswig-Holstein sein. Auch darf die Chance nicht zerschlagen werden, Lübeck zu einem Transfercampus zu entwickeln, der gemeinsam von Wissenschaft und Wirtschaft getragen wird. Der Wissenschaftspark in Lund könnte hierfür Vorbild sein. Eine solche Entwicklung würde den Standort Lübeck voranbringen. Schnellschüsse könnten daher katastrophale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf den Hochschul- und Wirtschaftsstandort Lübeck haben, da dann auch Arbeitsplätze im Bereich Medizinwirtschaft bedroht wären", so Dr. Werner Marnette.

In diesem Zusammenhang mahnt Marnette auch ein Mehr an Transparenz und Kommunikation bei den Sparbeschlüssen an: „Sollte es tatsächlich stimmen, dass die Leitung der Universität Lübeck bislang überhaupt nicht in die Überlegungen der Regierung einbezogen wurde, so ist das ein Skandal, und es wäre höchste Zeit, die hierfür politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen".

Generell vermisse Marnette eine nachvollziehbare und anhand objektiver Kriterien überprüfbare Kosten-Nutzen-Analyse für alle beschlossenen Sparmaßnahmen. Hierzu gehört auch die Information, ob und in welcher Höhe Entbürokratisierungsprojekte, für die vor Jahren sogar eine eigene Staatssekretärsstelle geschaffen worden war, in das Programm eingeflossen sind. „Mit Recht darf der Bürger erwarten, dass alle Maßnahmen, zumal diese sehr weh tun, sorgfältig geplant und auf ihre Machbarkeit geprüft worden sind; dazu gehört auch ihre soziale Verträglichkeit", sagt Marnette und ergänzt: **„Zu einem erfolgreichen Sparprogramm gehört auch eine jährliche Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Bilanz des Landes, die den Bürgern Aufschluss darüber geben, welche Effekte pro Jahr tatsächlich zu erwarten sind. So erhalten die Bürger die Informationen, die es ihnen ermöglichen, die Maßnahmen zu verstehen, einzuordnen und mitzutragen."**

Die größte Gefahr, die dem Land in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht droht und die alle Sparbemühungen obsolet machen könnte, sieht Marnette in der HSH Nordbank: „Die HSH Nordbank ist das größte Finanzproblem Schleswig-Holsteins. Dennoch wird es anscheinend völlig aus dem Zukunftsprogramm des Landes ausgeblendet." Die Einschätzung des Regierungschefs Peter Harry Carstensen, die Krise der HSH Nordbank hätte sich in der letzten Zeit deutlich entspannt , teilt Marnette nicht. „Vielleicht reicht dem Ministerpräsidenten die jährliche Zinszahlung der Bank für die gewährte Kapitalspritze. Aber das hieße, dramatische Risiken zu missachten", befindet Marnette.

So hätte erst vor kurzem Altkanzler Helmut Schmidt und der frühere Bundesfinanzminister Steinbrück darauf hingewiesen, dass die Gefahr bestehe, dass Schleswig-Holstein und Hamburg noch einmal Kapital zur HSH Nordbank zuschießen müssten. „In diesem Fall wäre Schleswig-Holstein ruiniert und keine Sparmaßnahme dieser Welt könnte dies wieder wettmachen", konstatiert Marnette. Zugleich nimmt er den Bund in die Pflicht: „Für das HSH-Problem trägt nicht allein die Landes-, sondern auch die Bundespolitik die Schuld , da die Bankenaufsicht versagt hat. Deswegen muss der Bund gemeinsam mit dem Land Sicherheitsvorkehrungen treffen, damit dieser Finanz-GAU nicht eintritt." Wer Griechenland helfe, müsse auch dem Land Schleswig-Holstein helfen. Marnette: „Das wäre das richtige Signal an die Bürger und die Wirtschaft. Es würde die breite Unterstützung der Sparmaßnahmen nachhaltig fördern."